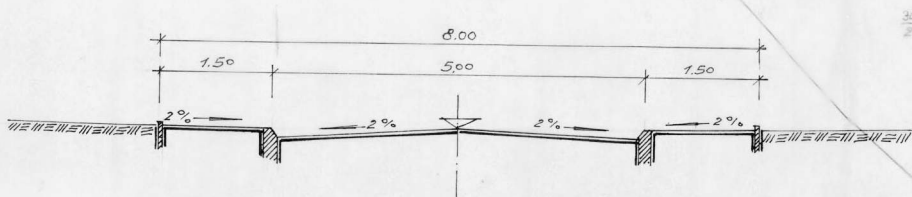


# STRASSENPROFIL „A“

M. 1 : 50



Kohwald III. Bauabschnitt

der Gemeinde

Primsweyer

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 3a Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 26.2.1977 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Primsweyer durch den Landrat, Kreisbaustellungs-Planungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich ..... siehe Zeichnung
2. Art der baulichen Nutzung .....
  - 2,1 Baugebiet ..... Allgemeines Wohngebiet  
2,1,1 zulässige Anlagen ..... siehe § 4 (2) Bau. NVO \*
  - 2,1,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen ..... siehe § 4 (3) Bau. NVO F
  - 2,2 Baugebiet ..... entfällt
  - 2,2,1 zulässige Anlagen ..... entfällt
  - 2,2,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen ..... entfällt
3. Mass der baulichen Nutzung .....
  - 3,1 Zahl der Vollgeschosse ..... siehe Zeichnung
  - 3,2 Grundflächenzahl ..... siehe Zeichnung
  - 3,3 Geschossflächenzahl ..... siehe Zeichnung
  - 3,4 Baumassenzahl ..... entfällt
  - 3,5 Grundflächen der baulichen Anlagen ..... entfällt
4. Bauweise ..... offene nur Einzelhäuser
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen ..... siehe Zeichnung
6. Stellung der Baulichen Anlagen ..... siehe Zeichnung
7. Mindestgröße der Baugrundstücke ..... ~ 600 m<sup>2</sup>
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden) ..... nach besonderer Einweisung
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken ..... innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche, sie können auch an der Nachbargrenze errichtet werden
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke ..... entfällt
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf ..... entfällt
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen ..... gesamter Geltungsbereich
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist ..... entfällt
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung ..... entfällt
15. Verkehrsflächen ..... siehe Zeichnung
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen ..... nach besonderem Plan
17. Versorgungsflächen ..... entfällt
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen ..... entfällt
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen ..... entfällt
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe ..... siehe Zeichnung
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen ..... entfällt
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft ..... entfällt
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen ..... entfällt
24. Flächen für Gemeinschaftstellplätze und Gemeinschaftsgaragen ..... entfällt
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind ..... entfällt
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung ..... entfällt
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ..... Die Grünfläche ist dicht mit Bäumen u. Sträuchern zu bepflanzen.
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern ..... Der vorhandene Baum- und Straucherbestand ist zu erhalten.

Aufnahme von

Festsetzungen über die äussere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abt. S. 293).

entfällt

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmalen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abt. S. 293).

entfällt



1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind ..... entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind ..... entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht ..... entfällt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind ..... entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBaug

1. .... entfällt
2. ....
3. ....

Planzeichen-Erläuterung

	Geltungsbereich		Kergarten
	Bestehende Gebäude		Überbaubare Grundstücksfläche
	Geplante Gebäude		nicht " " "
	Bestehende Strassen		Strassenbegrenzungslinie
	Geplante Strassen		Baustellennummern
	Bestehende Grundstücksgrenzen		bestehender Kanal
	Geplante Grundstücksgrenzen		nur Einzelhäuser zulässig
	Baulinie		Öffentliches Grün
	Baugrenze		Privates Grün
	Entwässerungsrichtung		Fussweg
	Wasserleitung		Bäume zu erhalten
	Starkstromleitung		Bäume zu pflanzen
	Garagen		
	offene ..... Bauweise		
	Geschosszahl Z II als Höchstgrenze		
	Grundflächenzahl		
	Geschossflächenzahl		
	Reines Wohngebiet		
	Allgemeines Wohngebiet		

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBaug ausgearbeitet von ..... bis zum .....

Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBaug als Satzung vom Gemeinderat am ..... beschlossen.

....., den ..... 196..  
Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBaug genehmigt.

Saarbrücken, den ..... 196..

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

In Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBaug wurde am ..... ortsüblich bekanntgemacht.

....., den ..... 196..  
Der Bürgermeister

\* zulässig sind

1. Wohngebäude

2. die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, sowie nicht störende Handwerksbetriebe,

3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke.

F Ausnahmeweise können zugelassen werden

2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,

6. Ställe für Kleintierhaltung

DER LANDRAT DES LANDKREISES SAARLOUIS  
KREISBAUAMT – PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: PRIMS -  
WEILER

AMTSBEZIRK: LEBACH

BEBAUUNGSPLAN  
„KOHWALD III. BAUABSCHNITT“

Maßstab: 1 : 500

Blatt:

Gezeichnet: *J. Müller*

Saarlouis, DEN 25.5.1971

Bearbeitet:

Geprüft: *Hewes*

*Heinrich*  
(SCHAAR)  
KREISBAUDIREKTOR